

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 71. Ratssitzung vom 11. November 2019

### 1844. 2018/281

#### **Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 11.07.2018: Engagement der Stadt zur Aufnahme von über das Mittelmeer geflüchteten Menschen in geeigneten Gremien beim Bund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Vera Ziswiler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 234/2018): In den letzten fünf Jahren ertranken im Mittelmeer mehr als 18 000 Menschen. Das Mittelmeer ist ein grosser Friedhof. Gewisse sprechen von einer humanitären Katastrophe, ich halte diese Wortwahl für falsch. Eine Katastrophe würde bedeuten, dass sie schlichtweg geschieht, wie etwa ein Bergsturz oder ein Herzstillstand. Diese Toten sind jedoch gewollt. Man liess diese Menschen absichtlich ertrinken; sie wurden de facto umgebracht. Das ist an den Zahlen deutlich erkennbar. Es flüchten immer weniger Menschen in Richtung Europa und in absoluten Zahlen sterben weniger auf dieser Flucht. Die Flucht über das Mittelmeer wird jedoch immer gefährlicher. Im Jahr 2015, als die meisten Geflüchteten nach Europa kamen, ertrank jeder 269. Mensch bei der Flucht übers Mittelmeer. Mittlerweile verschlechterte sich das Verhältnis dramatisch. Auf der Italien-Route stirbt im Jahr 2019 jede 14. Person. Das ist kein Zufall. Europa führte eine Reihe von Massnahmen ein, um die Überquerung übers Mittelmeer zu verhindern. Die libysche Küstenwache wird dabei unterstützt, Menschen aufzugreifen. Die staatlichen Rettungsprogramme wurden schon lange eingestellt, private Seenotrettungsschiffe wie die Sea-Watch und die Lifeline wurden beschlagnahmt und festgesetzt, die Kapitäninnen und Kapitäne werden kriminalisiert. Das Ziel ist klar: Menschen sollen von Europa ferngehalten werden, und das obwohl Libyen nicht über die Kapazitäten verfügt, Rettungseinsätze zu koordinieren und obwohl wir wissen, dass den Menschen in den Lagern viel zu oft Folter, Erpressung und Vergewaltigung droht. Gleichzeitig wird in den Medien allen Ernstes darüber diskutiert, ob die Rettungsmissionen Pull-Faktoren für die Migration seien und ob damit nicht die Schlepper unterstützt werden. Es wird um richtige und falsche Flüchtlinge gefeilscht, ohne dass ein faires Asylverfahren ermöglicht wird. Das ist im höchsten Grad zynisch. Es geht um Menschen, die jeden Tag ertrinken. Im Jahr 2019 waren es bis Mitte Oktober bereits über 1000. Die mittel- und langfristigen politischen Antworten darauf sind eigentlich klar: Die Wiedereinführung des Botschaftsasyls, sichere Fluchtrouten, Resettlement-Programme, für die sich die Schweiz zurecht engagiert, und die gerechte und solidarische Aufteilung von geflüchteten Menschen auf alle Länder in Europa. Letztgenanntes wurde wieder zur Debatte, was mich sehr freut. Leider ist der politische Wille in Europa und in der Schweiz ein anderer. Abschottung und Paragrafenreiterei stehen vor der Solidarität. Wenn wir die europäische Politik der toten Menschen brechen wollen, müssen wir zeigen, dass wir als Schweiz und auch als Stadt Zürich bereit sind, unseren Beitrag zu leisten. Wir haben keinen direkten Zugang zum Meer und*

*genau geregelte Abkommen mit den benachbarten EU-Ländern. Wir machen, was wir müssen. Und doch können und müssen wir mehr machen. Ich zitiere eine EVP-Kantonsrätin, die vor ungefähr einem Jahr in diesem Saal Folgendes sagte: «Das passt zur humanitären Tradition der Schweiz und das würde uns sehr gut anstehen.» Dem stimme ich zu und ergänze erinnernd daran, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt leben. Die Flüchtlingsfrage muss sowohl auf internationaler als auch auf lokaler Ebene angegangen werden. Eine europäische Lösung kann nur dann erreicht werden, wenn sich die einzelnen Länder beteiligen. Die Länder wiederum sind darauf angewiesen, dass sich die einzelnen Regionen engagieren. Die Asylpolitik ist in erster Linie Bundesache. Aber der Bund ist bei der Umsetzung der Asylpolitik auf die Unterstützung der Kantone angewiesen. Die Kantone machen nur dann mit, wenn sie wissen, dass sie auf die Gemeinden zählen können. Hierbei spielen Städte wie Zürich mit einer Infrastruktur, der Erfahrung und der offenen Kultur eine zentrale Rolle. Darum fordern wir, dass sich die Stadt für eine unkomplizierte Aufnahme der geretteten Menschen einsetzt – beim Bund, in den Städteverbänden und überall dort, wo diese Entscheidungen getroffen werden und wo Zürich als Stadt gehört wird. Wir fordern auch, dass Zürich Hand bietet, den Menschen eine neue Heimat zu geben, wie das eine ganze Reihe von europäischen Städten bereits tut. Im Kantonsrat wurde das Postulat knapp mit 89 zu 81 Stimmen nicht überwiesen, obwohl es vom Regierungsrat entgegengenommen worden wäre. Die CVP, EVP und GLP waren damals auf der richtigen Seite und ich hoffe, dass heute eine breite Allianz für ein offenes und solidarisches Zürich stimmt.*

**Yasmine Bourgeois (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. August 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Bei der Beurteilung dieser Vorlage stellen sich zwei Fragen. Erstens: Ist das politische Vorgehen geeignet, um das Ziel zu erreichen? Zweitens: Trägt das Anliegen etwas zur Lösung der geschilderten Situation bei? Wir glauben nicht, dass das gewählte politische Vorgehen geeignet ist, um das Ziel zu erreichen. Wir müssen einmal mehr dran erinnern, dass wir ein kommunales Parlament, nicht ein Freistaat, sind. Migrationspolitik geschieht zwei Ebenen über uns. In Bern sitzen zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus zwei der drei einreichenden Parteien. Vor allem sitzt dort auch die Bundesrätin. Die direkten Gespräche dürfen sie also gerne und ganz ohne Bewilligung dieses Parlaments führen. Sie haben damit alle Möglichkeiten, ihr Anliegen an der richtigen Stelle in Bern einzubringen. Wird dort dafür keine Mehrheit gefunden, wird auch dieser Vorstoss nichts daran ändern. Auch die Begründung der Motion ist absurd: Es brauche eine solidarische Aufnahme anstelle von nationalen Alleingängen. Im gleichen Atemzug wird ein Alleingang der kleinen Stadt Zürich gefordert. Was bei unserem Staatsaufbau am naheliegendsten wäre, wird interessanterweise nicht gefordert: Dass sich die Stadt über den Kanton beim Bund in dieser Sache einsetzt. Die FDP sagt einmal mehr: Schuster, bleib' bei deinem Leisten. Das Stadtparlament soll sich um städtische Angelegenheiten und um die Schnittstelle zum Kanton kümmern. Wir glauben auch nicht, dass das Anliegen etwas zur Lösung des geschilderten Problems beiträgt. Erst müssen wir klären, wer gemäss dem Vorlagentext Migrierende aufnehmen sollte und in welcher Situation sich diese Menschen befinden. Die Vorlage ist in dieser Frage unklar. Wer genau sollte die Migrierenden aufnehmen? Die Vorlage strebt explizit an, dass letztlich der Bund aktiv wird. Etwas anderes darf sie nicht fordern, etwa die Auf-

*nahme von Menschen am geltenden Asylrecht vorbei. Der Vergleich mit gewissen anderen Städten hinkt. Es wäre nämlich nicht die Stadt Zürich, die die Menschen aufnimmt, sondern der Bund. Zürich sollte sich aber offenbar dafür bewerben, diese Menschen unterzubringen, damit sie hier und nicht in einer anderen Gemeinde betreut werden können. Liest man diese Forderung, könnte man meinen, dass die Verteilung von Migranten auf die Kantone nicht funktioniert und die Stadt einspringen müsste oder dass eine Unterbringung beispielsweise im Kanton Jura menschenrechtswidrig ist. Das ist nicht der Fall. Die Verteilung von Migrierenden innerhalb der Schweiz funktioniert gut. Das ist nicht in allen Ländern der Fall. Auch der Kanton Zürich zeigt sich kooperativ, dies auch im Bereich der internationalen Resettlement-Programme. Auch die anderen Gemeinden und Kantone halten die Menschenrechte bei der Betreuung von Migrierenden ein. Das Vorpreschen einer Schweizer Stadt ist überflüssig. Für das Ziel wäre die Forderung angebracht, dass der Bund mehr von diesen Menschen aufnimmt und nach bewährtem Schlüssel verteilt. Aber damit würde jedoch klar werden, dass der Vorstoss hier am falschen Ort ist. Zudem würde eine solche Forderung bei uns nicht für Jobs sorgen; man muss sich ja insbesondere vor dem Hintergrund der sich leerenden Asylunterkünfte um die Klientel kümmern. Die Vorlage scheint bei der Frage, in welcher Situation sich die Menschen befinden, die aufgenommen werden sollten, absichtlich unscharf zu sein; wahrscheinlich um Emotionen zu wecken. Man könnte meinen, dass die Stadt die Menschen direkt von den gekenterten Booten aus aufnimmt. Das ist nicht der Fall, denn dafür müssten wir Schiffe aufs Mittelmeer entsenden. In Wirklichkeit geht es darum, Menschen in der Schweiz und insbesondere in Zürich aufzunehmen, die nicht mehr unmittelbar an Leib und Leben bedroht sind. Die meisten davon befinden sich bereits in einem EU-Land, wo sie auch mit einem fairen Verfahren rechnen dürfen. Eine kleine Minderheit dieser Menschen befindet sich allenfalls einige Tage auf den Schiffen ihrer Retter. Auch dort sind sie nicht mehr unmittelbar an Leib und Leben bedroht, sonst würden die Mittelmeeranrainerstaaten die Menschenrechte mit Füßen treten. Das in der Begründung angeführte Argument, dass immer weniger bedrohte Flüchtlinge in Europa Schutz finden, ist damit offensichtlich ein Scheinargument. Es geht eigentlich um Solidarität mit den EU-Ländern, die vom Dublin-Assoziierungsabkommen am meisten betroffen sind. Somit geht es um die Änderung der vom Volk gutgeheissenen Dublin-Spielregeln. Das kann gefordert werden. Man sollte jedoch bedenken, dass die europäischen Mittelmeerstaaten und hauptsächlich Griechenland mehr Asylgesuche pro Kopf verzeichnen als die Schweiz. Eine generelle Solidarität ist also nicht notwendig. Trotzdem engagiert sich der Bund bereits seit einigen Jahren in Zusammenarbeit mit dem UNHCR im Bereich der Resettlement-Programme. Das geschieht nicht wahllos: Der Bund fokussiert sich auf besonders verletzte Migrierende. Will dieses System ausgebaut werden, muss das in Bern erfolgen. Mit der Stadt Zürich hat das nichts zu tun. Das Anliegen trägt nichts dazu bei, Menschen zu retten, sondern trägt zur Umsiedlung von geretteten Menschen bei. Es ist also keine Frage von Humanität gegenüber Migranten, sondern im besten Fall eine Frage der Solidarität mit anderen europäischen Staaten.*

Weitere Wortmeldungen:

**Samuel Balsiger (SVP):** Sie sagen und schreiben hier, dass all die Migranten, die übers Mittelmeer nach Europa gelangen, von Krieg und Armut flüchten. Das ist eine Behauptung, die nicht belegt wird. Es gibt eine Studie des UNO-Entwicklungsprogramms, die eine grosse Anzahl von afrikanischen Migranten befragte und wissenschaftlich nachweist, was die tatsächlichen Gründe für die illegale Migration nach Europa sind. Von der UNO kann nicht behauptet werden, dass sie rechtspopulistisch oder migrationskritisch ist, vielmehr dient sie als moralischer Leuchtturm für alle Linken und linken Journalisten. Ihre Studie kommt zum Schluss, dass der Hauptgrund für die Migration beim Wunsch liege, Geld nach Hause schicken zu wollen. Viele gaben an, dass sie im Heimatland eine sichere Arbeitsstelle und ein geregeltes Einkommen hatten. Viele der Geflüchteten sind besser gebildet als andere: Sie flüchteten also nicht, weil sie etwa arm sind oder Konflikten und Krieg entflohen. Viele kommen, weil sie in ihren Gesellschaften besser gestellt waren und darum auch 10 000 bis 15 000 Dollar für illegale Schlepper bezahlen können. Denn niemand, der dieses Geld in einem afrikanischen Land aufbringen kann, ist so arm, wie das dargestellt wurde. Es stimmt nicht, dass diese Menschen kommen, weil sie vor Krieg und Konflikten flüchten. Sie glauben, dass sie in Europa ein besseres Leben haben werden. Sie sind genügend gebildet, um das zu erkennen. Sie haben genügend Geld, um die illegalen Schlepper zu bezahlen. Diese Schlepper betreiben ein Milliardengeschäft. Die Realität ist, dass das Mitleid, das hier erweckt wird, ein Bestandteil dieses Schlepper-Programms ist. Nachdem sie das viele Geld bezahlen, werden die Migranten in seeuntüchtigen Booten aufs Meer geschickt, weil davon ausgegangen wird, dass diese bald kentern und dass die Europäer kommen und diese Menschen aufgabeln. Obwohl die libysche Küste noch im Hintergrund zu erkennen ist, wird eine grosse Distanz zurückgelegt, um die Menschen ins Sozialstaatsparadies Europa zu bringen, wo sie aufgenommen werden. Dieser Vorstoss ist Bestandteil der Mitleidskampagne, von der die Schlepper profitieren. Ohne das breitgetragene Mitleid würde das Schlepper-Programm einbrechen. Die Migranten können aufgegriffen, aber sie müssen nicht nach Europa gebracht werden. Man kann Leben retten und die Menschen zurück nach Afrika bringen.

**Ezgi Akyol (AL):** Als Reaktion auf die aktuelle europäische Asylpolitik positionierten sich einige europäische Städte gegen die tödliche Abschottungspolitik. Im letzten Jahr, als dieses Postulat eingereicht wurde, verweigerte Italien dem Rettungsschiff Lifeline das Einlaufen. Städte wie Palermo, Berlin und Kiel erklärten, dass sie über Kapazitäten verfügen, Menschen von diesen Schiffen aufzunehmen. Der Bürgermeister von Berlin forderte die Bundesregierung auf, alles zu unternehmen, damit die humanitäre Krise vor den Toren Europas beendet wird. Der Bürgermeister von Palermo erklärte, dass Mobilität ein Menschenrecht ist. Von Zürich hörte man leider nichts. An dieser Situation änderte sich bisher nicht viel. Bis letzte Woche noch hat die Ocean Viking mit 104 Menschen beinahe zwei Wochen auf See ausharren müssen, weil ihnen die Einlauferlaubnis verweigert wurde. Wir wollen, dass Zürich nicht passiv abwartet und zuschaut, wie die Situation weiter eskaliert, sondern sich aktiv mit anderen europäischen Städten für eine andere Asylpolitik einsetzt. Während in Griechenland und in Italien Zehntausende in überfüllten Lagern festsitzen, schliessen wir hier Zentren und senken die kommunale

*Asylquote, weil die Geflüchteten nicht mehr bis zu uns gelangen. Das ist absurd und vor allem beschämend. NGOs fordern einen Solidaritätskorridor von europäischen Städten. Zürich soll sich beteiligen. Statt Grenzen dicht zu machen und Seenotretterinnen zu kriminalisieren, braucht es legale Fluchtwege, sichere Häfen und solidarische Städte. Nicht nur wir wollen das. Auch die Stadtzürcher Bevölkerung will das. Im letzten Jahr demonstrierten über 4000 Menschen in der Stadt für solidarische Städte. Sie forderten Zürich auf, ein klares Zeichen zu setzen. Der Philosoph Jacques Derrida ist überzeugt, dass sich in der Stadt eine Ethik der Gastfreundschaft entfaltet, die sich liberalisierend aufs Migrationsrecht auswirken kann. Die Wochenzeitung sprach in diesem Kontext von einer utopischen Kraft der Städte. Es ist wichtig, dass wir zusammen mit anderen Städten in Europa ein Zeichen gegen die repressive Abschottungspolitik setzen.*

**Luca Maggi (Grüne):** *Wenn den Schleppern das Handwerk gelegt werden will, muss solchen Bestrebungen zugestimmt werden. Es ist wiederum ein Vorstoss, in dem es darum geht, dass Zürich nicht als abgekapselte Insel oder als einflussloser Ort irgendwo auf der Schweizer Karte angeschaut wird, sondern als eine Stadt, die sich der gesellschaftlichen Realität in Europa und der Welt stellt und nicht mit verschlossenen Augen, zugehaltenem Mund und zugeprückten Ohren in einer Ecke sitzt und sich sagt, dass wir nichts machen können, dass das uns nichts angeht, dass andere das lösen sollen. Im Jahr 2019 kamen laut der UNO im Mittelmeer über 1000 Menschen bei ihrem Fluchtversuch ums Leben. Es sind Menschenleben, die Europa, der Schweiz und auch uns als Kantone und Gemeinden, die das Schweizer Asylwesen umsetzen, das Scheitern einer gnadenlosen und menschenverachtenden Abschottungspolitik vor Augen führen. In den Jahren 2015 und 2016, in denen besonders viele Menschen übers Mittelmeer flüchteten, lagen diese Zahlen bei über 4000 und 5000 Menschen. Was heisst das für uns als Schweiz und für uns als grösste Stadt in diesem Land? Die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen müssen wir liefern. Als Land, das nicht direkt am Mittelmeer liegt, heisst das, dass es selbstverständlich sein sollte, dass wir die Staaten unterstützen, die durch ihre geographische Lage am meisten von geflüchteten Menschen aufgesucht werden. Es ist fehl am Platz, dass man sich dabei hinter dem Dublin-Abkommen versteckt, laut dem der Staat, in dem ein geflüchteter Mensch ankommt, diesen registrieren muss; der Staat wird dann durch die Registrierung automatisch für diesen Menschen zuständig. Bereits bei der Einführung des Verfahrens wusste man, dass das nur in Zeiten funktioniert, in denen wenig Menschen auf der Flucht sind und nicht in Zeiten, in denen durch gröbere Einflüsse Zehntausende flüchten. Das untergräbt die Zusammenarbeit und die Solidarität in Europa. Es bricht auch die Solidarität dieser Staaten den direkt Betroffenen gegenüber. Statt mehr Geld an den Grenzen, statt mehr Menschenvernichtung durch die Frontex und widerlichen Abkommen mit Staaten, in denen Menschenrechte ein Fremdwort ist, braucht es ein gerechter Verteilschlüssel über ganz Europa. An dieser Stelle kommt eine Gemeinde wie die Stadt Zürich ins Spiel. Damit der Bund mehr Menschen aufnimmt, damit ein gewisser Druck entsteht, sich um mehr Menschen auf der Flucht zu kümmern, und damit die Kontingente erhöht werden, braucht es Signale von solidarischen Städten, die bereit sind, mehr Menschen aufzunehmen. Es braucht Gespräche mit dem Bund, es braucht Bereitschaft und ernsthafte Signale, damit wir als Stadt Hand bieten können. Dieser politische Willen ist in Zürich vorhanden. Jetzt brauchen wir offensive Signale an den Bund, dass wir das tragen wollen und können. Es*

*braucht keine stolzen Zählungen, dass beispielsweise Quoten der Menschen, die im Bundesasylzentrum untergebracht werden, der städtischen Quote angerechnet werden. Es braucht unsere Bereitschaft, als Gemeinde und Stadtrat in diesem Bereich mehr zu machen.*

**Markus Baumann (GLP):** *Als Stadtzürcher und als Parlamentsmitglied will ich sagen, dass sich Zürich noch nie gegenüber Menschen, die notsuchend sind, verschlossen hat. Da wird die Überweisung des Postulats nichts ändern. Der politische Weg und die Möglichkeiten, die wir als Fraktion und als Parlamentarier auf den verschiedensten Stufen haben, ist der Weg, den die GLP in der Regel begeht. Wir tauschen uns über die einzelnen Stufen mit den Fraktionen aus und versuchen dann, dies auf den entsprechenden Ebenen zielführend einzubringen. Ich gehe damit einig, dass über ein Botschaftsasyl diskutiert werden kann. Seine Abschaffung war aus meiner Sicht ein Fehler. Ein weiterer Punkt ist, dass wir uns über den Verteilschlüssel oder das Dublin-System und die Solidarität der EU- und Dublin-Staaten unterhalten können. Ich bin der Meinung, dass die Schweiz und die Stadt Zürich sehr solidarisch sind und stets offen waren, über dem Kontingent Menschen aufzunehmen. Es findet hier aus unserer Sicht nicht die zielführende Diskussion statt. Darum wird sich die GLP im Gemeinderat der Stimme enthalten. Das heisst jedoch nicht, dass wir uns dieser Problemstellung verschliessen oder die Augen zuhalten. Wir suchen Lösungen auf Bundesebene und sind dort dementsprechend im Austausch. Die Problemstellung wird weder mit diesem Postulat gelöst, noch wollen wir den Fokus nur auf die Mittelmeer-Route legen. Das grössere Problem ist heute die iberische Route. Weiter bestehen auf der Balkan-Route in Bosnien und Herzegowina desaströse Zustände, die jedoch ebenfalls nicht hier gelöst werden können. Es wäre angebracht, die Energie, die wir heute hörten, innerhalb der Parteien auf dem Weg in Richtung Bern einzusetzen. Die GLP macht das, ohne die Problematik in Europa zu negieren.*

**Nadia Huberson (SP):** *Immer mehr europäische Städte zeigen ihre Solidarität und Verantwortung für die Aufnahme von aus dem Mittelmeer geretteten Menschen. Zürich unterstützt das Netzwerk «Solidarity Cities», ein Netzwerk von europäischen Städten, das zusammen mit der EU-Kommission arbeitet, um die Flüchtlingssituation besser zu steuern und zu verbessern. Auf der Webseite des Netzwerks findet sich eine hervorragende Aussage unserer Stadtpräsidentin. Kein EU-Mitglied zu sein, ist keine Entschuldigung wegzuschauen, was über der Grenze geschieht. Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition, was immer wieder vergessen wird. Als weltoffene und solidarische Stadt sollte Zürich weiterhin für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen Verantwortung übernehmen. Das soll in Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Städten und dem Bund geschehen.*

**Walter Anken (SVP):** *Das Stadtzürcher Parlament versucht über den Stadtrat, Einfluss auf den Bund zu nehmen. Dabei hat jede Partei ihr Bindeglied: Es sind die Volksvertreter, mit denen das Gespräch gesucht werden kann, die das dann in Bern regeln können. Wir sind nicht Teil der EU. Es gibt viele vorgeschlagene Massnahmen des UNHCR; ein Bericht wurde im Dezember 2016 veröffentlicht. Diese Massnahmen führte die Schweiz schon lange ein, die EU jedoch noch nicht. Die genannten Städte sind keine Vorbilder*

für Zürich, wenn beispielsweise die Integrationsleistungen verglichen werden. Die Begründungen im Postulat, dass die Menschenrechte in Europa verletzt werden, dass es kein gerechtes Verfahren gebe oder dass wir nur unsere eigenen Grenzen schützen, sind absolut absurd, wenn berücksichtigt wird, dass viele Millionen Menschen die Aufnahme fanden und sich hier in einem Verfahren befinden. Offene Grenzen, Häfen und Fluchtrouten, wie das die Postulanten wollen, bergen die grosse Gefahr, dass Millionen Menschen diesen Weg anstreben. Wer eine Weltkarte anschaut und Europa mit Afrika vergleicht, kann sich vorstellen, wie das enden könnte. Es würde Europa sozial und wirtschaftlich massiv zurückwerfen. Eine effiziente Hilfe vor Ort würde viel Leid im Mittelmeer verhindern. Die konsequente Verfolgung und Bestrafungen der Schlepperbanden sind zwingend notwendig.

**Severin Pflüger (FDP):** Ich habe Mühe mit den Solidaritätsbekundungen für die Flüchtlinge im Mittelmeer, da ich das stets für ein wenig heuchlerisch halte. Die Begründung, dass wir über keinen Meeranstoß verfügen, aber trotzdem Solidarität zeigen, zielt am eigentlichen Thema vorbei. Wir sprechen über die Mittelmeer- und die Balkan-Route, die geschlossen werden sollte. Aber über die wichtigste Route, die «Zürich-Route», die wir selbst geschlossen haben, sprechen wir nicht. Warum kommen diese Menschen übers Mittelmeer und nicht mit dem Flugzeug? Jeden Tag starten von Tunis und von anderen afrikanischen Städten Flugzeuge mit dem Zielort Zürich. Es sind jeden Tag mehrere und häufig sind mehrere Plätze frei. Für heute gab es einen Flug um 19.20 Uhr von Tunis nach Zürich für 265 Franken. Warum kommen sie nicht mit dem Flugzeug, sondern gehen auf das Schiff? Der Grund liegt bei uns. Das wühlt mich auf. Am Zoll des Flughafens Zürich gibt es die Bestimmung, dass der Zöllner diese Menschen abweisen und dass die Fluggesellschaft sie auf eigene Rechnung ins Herkunftsland zurückbringen muss. Wir sind für jeden einzelnen verantwortlich, der im Mittelmeer stirbt, weil wir die «Zürich-Route» schlossen. Würde sie wieder geöffnet, bedeutete dies für uns, dass sehr viele Menschen kommen würden. Die Fluggesellschaften könnten sehr viel Geld damit verdienen. Ich glaube, dass wir diese Öffnung nicht verkraften könnten. Durch die Schliessung unserer Aussengrenzen verantworten wir aber, dass diese Menschen andere Wege suchen; dass sie den Weg über das Mittelmeer suchen und dort ertrinken. Das ist ein schwieriger Trade-off. Wenn nun die über das Mittelmeer kommenden Menschen aufgenommen werden sollen, dann hat das etwas Darwinistisches, mit dem ich noch viel mehr Mühe habe. Wir sind dafür verantwortlich, dass die Menschen dort sterben, wenn wir die Fluchtroute Zürich nicht öffnen.

**Ernst Danner (EVP):** Vera Ziswiler (SP) zitierte eine EVP-Politikerin, die einem solchen Vorstoss zustimmte und in einem ähnlichen Sinn sprach. Wir teilen diese Meinung nicht, weil wir grundsätzlich die Migrationspolitik, die das Schweizer Volk mehrfach und wiederholt beschloss, teilen. Wir sind der Meinung, dass mit diesem Vorstoss ein Versprechen abgegeben wird, das wir nicht einhalten können und das entweder einer Migrationsromantik entspricht oder einem Konzept einer Welt ohne nationale Grenzen. Nach wie vor besteht weltweit ein System von Nationalstaaten und Grenzen. Diese sind immer ein Ärgernis für alle, die Freiheit lieben. Wir können uns heute keine Politik vorstellen, die ohne diese Grenzen auskommt. Es gibt Situationen, in denen die Grenzen nicht

halten. Das führt zu enormen Migrationsströmen und zu Friktionen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Wir befinden uns weit weg davon. Wir stehen hinter der Politik in der Schweiz, mit der wir im Verbund mit Europa die Flüchtlinge aufnehmen und beurteilen, ob sie Flüchtlingseigenschaften haben. Der Vorstoss steht meines Erachtens sehr radikal auf einer anderen Grundlage. Das können wir nicht unterstützen. Ich habe die Befürchtung, dass die Unterstützenden die Konsequenzen nicht bis ins letzte Detail überlegt haben. Wenn Sie bereit sind, anderen zu helfen und sich das herumspricht, haben Sie plötzlich viel Kunden. Wenn ich meine Anwaltsarbeit gratis anbieten würde, hätte ich ein sehr florierendes Büro. Irgendwann geht das jedoch nicht mehr; wir müssen feststellen, dass das nicht funktioniert. Einem Vorstoss, der nicht funktioniert, können wir nicht zustimmen.

**Alan David Sangines (SP):** Bei dieser Debatte habe ich den Eindruck, dass es die Debatte der Heuchelei ist. Diese geht vor allem von der rechten Ratsseite aus. Das Votum der EVP kann ich am wenigsten fassen. Dass sich die GLP bei der Asylpolitik im Gemeinderat in die Enthaltung flüchtet, ist nichts Neues. Die EVP warnt davor, wie viele Flüchtlinge kommen werden. Im Vorstoss geht es nicht darum, dass die Menschen hierherkommen und bleiben können, sondern dass wir ihnen den Zugang zu einem fairen Asylverfahren ermöglichen. Der Papst übrigens erinnerte daran, dass Jesus auch ein Flüchtling war. Laut Yasmine Bourgeois (FDP) ist Bern die richtige Stelle, einen solchen Vorstoss einzureichen. In Bern gab es solche Vorstösse. Aber es ist immer dasselbe: Die Verantwortung wird gegenseitig zugeschoben. Bern stellt die Frage, wo die Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Es gibt Gemeinden, die sie unterbringen wollen, um ihnen den Zugang zum Asylverfahren zu schaffen. Das bedeutet nicht, dass sie dann hierbleiben können. Solidaritätsbekundungen sind nicht heuchlerisch; es ist heuchlerisch, wenn sogar anerkannt wird, dass es keine richtige Route nach Zürich gibt und dass dann verlangt wird, dass die Menschen auf den Booten verharren oder im überfüllten Italien bleiben sollen. Heute hat Samuel Balsiger (SVP) einmal mehr die Fake-News-Trophäe verdient. Er zitierte eine Studie der UNO, bei der man angeblich zum Schluss kam, dass die Mehrheit aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa kommt und über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügt. Verschwiegen wurde dabei, dass die Studie alle Menschen ausschloss, die politische Flüchtlinge oder Kriegsflüchtlinge sind. Die Studie wollte die Situation derer untersuchen, die aus wirtschaftlichen Gründen flüchteten. Wir hörten, dass die Aufnahme von Menschen zu einem Pull-Faktor führen würde. Auch das stimmt nicht und wurde mehrfach von vielen Studien widerlegt. Ein italienischer Wissenschaftler führte sehr akribische Untersuchungen durch. Er verglich die Tage, an denen NGOs im Mittelmeer waren, mit solchen, an denen sie nicht im Mittelmeer waren. An den Tagen, an denen die NGOs im Mittelmeer waren, kamen durchschnittlich 32,8 Menschen pro Tag übers Mittelmeer. An den Tagen, an denen sich die NGOs nicht in der Nähe befanden, waren es 34,6 pro Tag. Das sind Fakten, die zeigen, dass es nicht stimmt, dass NGOs auf dem Mittelmeer einen Einfluss auf die Anzahl der Flüchtenden haben. Eine Studie der Universitäten von Oxford und Florenz verglich Zahlen über drei Jahre hinaus und kam zum Schluss, dass in den Jahren, in denen sich die EU stark für Seenotrettungen machte, nicht mehr Menschen kamen als in den Jahren, in denen sich die EU nicht stark machte. Es gibt darum keine Belege für diese Behauptungen. Es ist erwiesen, dass die Sterbenswahrscheinlichkeit wesentlich höher ist, wenn



*keine Seenotrettungen gemacht werden. Im Jahr 2015 kamen 4 von 1000 Menschen ums Leben. Im Jahr 2019, als es kaum noch zu Seenotrettungen kam, sind 25 von 1000 Mittelmeerflüchtlingen ums Leben gekommen. Wir müssen uns solidarisch zeigen, weil es keinen anderen Weg gibt, hierher zu kommen. Die geretteten Menschen müssen untergebracht werden, während mit einem fairen Asylverfahren geprüft wird, ob sie hier bleiben können oder nicht.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Wenn unserer Seite Heuchelei vorgeworfen wird, ist das beleidigend und einer solchen Debatte unwürdig. Ich will nicht spekulieren, was die Motive von denen sind, die übers Mittelmeer oder über eine andere Route flüchten. Es geht auch nicht nur ums Geld. Es ist nicht klar, ob diese Menschen wissen, wie lebensgefährlich die Flucht ist. Man muss sich auch fragen, wie gross der Leidensdruck ist. Es kann sein, dass ihnen von Schleppern eine heile Welt vorgegaukelt und die Realität verschleiert wird. Die Schlepper sind die Profiteure und die wirklich Kriminellen. Der Vorstoss suggeriert, dass wir in der Schweiz Zustände à la «Das Boot ist voll» des Zweiten Weltkriegs hätten. Mit dem Vorstoss werden wir in die gleiche Kategorie gestellt wie ein Viktor Orbán. Das finde ich beleidigend und es entspricht nicht der tatsächlichen Situation. Deutschland zeigte, wohin es führt, wenn man offen ist und eine Willkommenskultur pflegen will. «Wir schaffen das!» war der grosse Ausspruch. Wohin das führte, müsste uns eine Lehre sein. Wir müssen die Ethik anwenden, aber nicht eine Gesinnungsethik, die von allen Folgen abstrahiert und etwas Fundamentalistisches an sich hat. Wir müssen uns an einer Verantwortungsethik orientieren, die auch die Folgen des eigenen Tuns im Blickfeld hat.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Mir wurde vorgeworfen, ich hätte verschwiegen, dass bei dieser Studie angeblich nur Menschen befragt wurden, die nicht politisch verfolgt sind oder vor einem Krieg flüchteten. Es stimmt nicht, dass ich ungenau argumentiert habe. Ich argumentiere auf den Vorstoss, in dem festgehalten wird, dass die Menschen, die über das Mittelmeer flüchten, aufgenommen werden müssen. Im Vorstoss wird nicht unterschieden zwischen illegalen Migranten und Menschen, die tatsächlich vor einem Krieg flüchten, deren Leben bedroht ist und die das Recht haben, in Europa aufgenommen zu werden. Im Vorstoss wird «Flüchtlinge» als allgemeiner Begriff verwendet. Ich argumentiere mit einem wissenschaftlichen Aspekt, mit einer UNO-Studie, die wissenschaftlich der Frage nachgeht, warum die Migranten kommen. Es ist bezeichnend, dass mir beim Zitieren eines UNO-Entwicklungsprogramms, das im Interesse der Migranten geschrieben wurde, Vorwürfe gemacht werden. Gleichzeitig soll es in Ordnung sein, Unsinn in einem Vorstoss zu schreiben. Wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie Einfluss auf Tod und Leben auf dem Mittelmeer haben, dann ist es heuchlerisch, als einzige Massnahme nun dieses Papier einzureichen.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Migrationsströme sind nicht gottgegeben. Sie sind beeinflussbar. Das sieht man, wenn beobachtet wird, wie die Ströme innerhalb von wenigen Tagen auf politische Entscheide der EU und einzelner Länder reagieren. Die Informationslage der Migrierenden ist hervorragend. Das gilt auch für die Mittelmeer-Route. Bekanntlich wird sie im Winter weit weniger genutzt als im Sommer. Das zeigt, dass Bootsflüchtlinge auf Risiken achten. Auch wenn das die Gegenseite heftig bestreitet: Je mehr*

*Unterstützung beim Überqueren geboten wird, umso mehr Menschen werden die risikoreiche Route wählen. Ob das schliesslich zu mehr oder weniger Toten führt, darüber streiten sich auch Migrationsexperten. Das Ganze ist ethisch eine enorm schwierige Frage. Darf man zuschauen, wie Menschen sterben, um damit allenfalls zu erreichen, dass sich im Anschluss weniger Menschen unnötigen Risiken aussetzen? Diese Frage kann und will ich nicht beantworten und ich denke auch, dass sie nicht hierhin gehört. Das langfristige Ziel sollte sein, die Herkunftsländer zu unterstützen, indem ihnen geholfen wird, Bildungsinstitutionen aufzubauen. In Eritrea beispielweise, wo ein grosser Teil unserer Flüchtlinge herkommt, besucht lediglich ein Drittel der Schulpflichtigen mehr als fünf Primarschuljahre. Investitionen sollten getätigt werden, um Betriebe und Lehrbetriebe aufzubauen und sauberes Wasser zu ermöglichen. Es gibt viele Projekte, bei denen sich die Schweiz engagieren kann.*

**Walter Angst (AL):** *Es irritiert mich, dass Yasmine Bourgeois (FDP) sagt, es handle sich um eine ethisch schwierige Frage, ob Menschen im Mittelmeer sterben gelassen werden sollen und dass sie diese Frage nicht beantworten könne. Sie hat aber Recht, dass sehr wohl Einfluss auf Fluchtrouten genommen werden kann. Wir haben viele Möglichkeiten, Wege zu öffnen. Der Stadtrat erwirkte die Beteiligung an der Bundesaktion, sodass die Menschen direkt hierherkommen können. Das ist ein Anfang. Es gibt weitere Schritte, die getätigt werden können, etwa die Wiedereinführung des Botschaftsasyls. Auch kann das Gespräch mit Mario Fehr über das Grenzregime am Flughafen gesucht werden. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass das, was in Zürich im Bundesasylzentrum läuft, ein Mittel zur Beeinflussung von Routen ist. Was generell in der Asylpolitik läuft, hat etwas mit den Bundesratswahlen des letzten Jahres zu tun. Seit jüngstem finden wieder Level-3-Ausschaffungen statt: Menschen werden in Linienflügen verpackt. Das können wir beeinflussen und wir können gemeinsame Vorstösse einreichen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Raphael Golta:** *Die Stadt und der Stadtrat setzten sich in den letzten Jahren stets beim Bund ein, dass die Schweiz zusätzliche Menschen aufnimmt. Die Diskussionen standen vor allem im Resettlement-Bereich. Das erfolgte in entsprechenden Arbeitsgruppen und wurde mit entsprechenden Briefen dokumentiert. Über die Wirksamkeit dieser Arbeit kann man sich streiten; ich selbst halte das Resettlement-Programm des Bundes für zu knauserig. Immerhin aber besteht es, was keine Selbstverständlichkeit ist. Wir leisteten unseren Beitrag zur Verhinderung einer Reduktion. Einige verlangen, dass sich Stadtrat mehr appellativ äussern und immer wieder bei diesem Thema laut werden sollte: Nicht in jeder Situation kann eine Botschaft des Zürcher Stadtrats die beste Wirksamkeit in Bundesbern entfalten. Bis jetzt konzentrieren wir unser Engagement vor allem auf das Resettlement. Wir wollen, dass die Schweiz mehr Menschen aufnimmt. Das ist der reguläre und schweizerische Weg mit anschliessender Verteilung auf die Kantone und innerhalb der Kantone je nach System auf die Gemeinden. Für die Zukunft müssen wir uns überlegen, ob wir auch als Stadt zusätzliche Menschen ausserhalb der üblichen Kontingente aufnehmen wollen und können. Ob es dazu Möglichkeiten und Wege gibt, die heute noch nicht vorgesehen sind, ist der entscheidende Punkt. Wir müssen uns ernsthaft mit der Frage befassen, ob wir das wollen und für wie*

11 / 11

*viele Personen wir entsprechende Angebote gegenüber dem Bund formulieren würden. Diesbezüglich war die heutige Diskussion teilweise zu grundsätzlich. Wir müssen nicht über eine Welt ohne Grenzen sprechen, auch habe ich nicht den Anspruch, Fluchtrouten zu verändern. Die Frage ist, ob wir in der Schweiz und in Zürich zusätzliche Menschen aus dem Fluchtbereich aufnehmen und sie unterstützen können. Damit meine ich Menschen, die noch nicht in der Schweiz sind. Es geht konkret um Menschenleben. Wir werden nicht die perfekte Lösung dafür finden können, wir können jedoch mehr tun und sind bereit dazu.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 33 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat